

Newsletter Mechthild Rawert **KOMPAKT.**

Ausgabe 7 / September 2009



Liebe Leserin,
lieber Leser,

kompetent. lebensnah. vor Ort.

in einem Fünf-Parteien-System müssen WählerInnen zunehmend strategisch wählen. Für Tempelhof-Schöneberg ist Fakt: Wer Schwarz-Gelb verhindern will, muss mit der **Erststimme Mechthild Rawert** wählen. Laut election.de verschenken die WählerInnen von FDP, Grünen und Linken ihre Erststimme, wenn sie diese den eigenen KandidatInnen geben: Ihre jeweilige Partei erhält dadurch kein zusätzliches Mandat im Bundestag. Diejenigen, die am 27. 09. mit Ihrer Erststimme Mechthild Rawert nicht wählen, werden sich schwarz-gelb ärgern. Sie stimmen letztlich aufgrund des mangelnden Stimmensplittings für eine schwarz-gelbe Regierung. Meine Bitte an alle links-, sozial- und ökologisch orientierten Wählerinnen und Wähler: Verschenkt Eure Erststimme bitte nicht!

Ich mache keine Politik vom grünen Tisch aus und bin keine Schönwetter-Politikerin. Die Rückkoppelung mit den Bürgerinnen und Bürgern war und ist mir wichtig. Meine sozialdemokratischen Themen für den Mindestlohn, für die Gleichstellung und Vielfalt, für Solidarität im Gesundheits- und Pflegebereich, für den bedingungslosen Atomausstieg, für stärkere VerbraucherInnenrechte sind bekannt. Ich stehe für eine starke Mitgliederpartei SPD.

Der CDU-Kandidat verfügt offenbar über ein beachtliches Wahlkampfbudget, wie das gewerbliche Stecken in jedem Winkel des Bezirks beweist. In seinem breit gestreuten Direktmailing wendet er sich auch ganz unverblümt an die Anhänger der FDP: Da Schwarz-Gelb ja eine gemeinsame Regierung stellen wolle, sollen auch sie ihm ihre Erststimme geben. Dazu passt das Verstecken des FDP-Direktkandidaten im Bezirk durch seine eigene Partei: Kein Plakat, kein Podiumsauftritt von ihm - die FDP setzt definitiv auf die Zweitstimmen.

Ich selber mache Politik mit Herz und Verstand. Letztlich muss aber der Verstand siegen, da zunehmend Strategie gefragt ist. Wählen Sie strategisch: Ihre Erststimme für Mechthild Rawert - dann klappt es auch mit einer sozialen, demokratischen und ökologischen Regierungsmehrheit.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg

Treffen Sie mich im Wahlkreis - eine Auswahl.

- 16.09., 11 - 17 Uhr, „Kommen wir ins Gespräch“ - Kieztag im Ortsteil Mariendorf, Besuch des Wochenmarktes auf dem Marktplatz Mariendorf mit Mechthild Rawert
- 18.09., 16 - 17:15 Uhr, „Perspektiven des Tempelhofer Feldes“, mit Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung, Michael Müller, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD, und Mechthild Rawert, Flughafen Tempelhof, Casino, Mittelsaal, Platz der Luftbrücke, 12101 Berlin
- 19.09, 17 -19 Uhr, „Das bucklige Pferdchen“ - Russischsprachiges Kinderstück, Theater „Russische Bühne“, Kurfürstenstraße 123, 10785 Berlin-Schöneberg, Anmeldung: 72013884, eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
- 19.09, 20 - 22 Uhr, „Wilsberg ermittelt: Was haben SPD, AOK und Fernsehen gemeinsam?“, lockere Diskussionsrunde mit Schöneberger Schauspieler Leonard Lansink (Wilsberg) und Mechthild Rawert über Politik, Kultur und das Leben, Eiscafé Porto, am Tempelhofer Hafen, Tempelhofer Damm 227, 12099 Berlin-Tempelhof
- 20.09., 11 - 13 Uhr, „Meilenweit voraus“, Gespräche auch mit VertreterInnen der Parti Socialiste, Paris, und Mechthild Rawert, SPD Friedenau und SPD Tempelhof-Schöneberg, Infostand, Breslauer Platz
- 20.09, 19:30 Uhr, Lesung mit Hatice Akyün, Autorin von „Einmal Hans mit scharfer Soße“ liest aus ihrem Buch, anschließendes Gespräch mit Mechthild Rawert, musikalisches Rahmenprogramm, Imbiss, Deutsch-Türkische Musikakademie, Kyffhäuser Str. 23, 10781 Berlin

INHALT.

- **Bundestagswahl.**
 - Rawert: Studiengebühren sind ungerecht und innovationsfeindlich..... 2
 - Rawert: Ungerechtigkeiten bei der Berufsausbildung überwinden..... 2
 - Rawert: Deutschlandplan ist eine Investition in die Zukunft..... 3
 - Rawert: Kein Talent darf uns verloren gehen... 3
- **Gesundheit.**
 - Mechthild Rawert erneut zu Besuch in der Pflegeeinrichtung Fugger-Klinik..... 4
 - Rawert: Wir brauchen mehr Medizinische Versorgungszentren 5
 - Rawert: Eigenständiges Patientenrechtgesetz bleibt Ziel der SPD 5
- **Zukunftsperspektiven.**
 - Rawert: Atomkraft abschalten und erneuerbare Energien ausbauen 6
 - Rawert: Integration ist kein Karneval der Kulturen..... 6
- **Auf Tour durch Tempelhof-Schöneberg.**
 - Rawert mit dem Rad unterwegs in Tempelhof-Schöneberg 7
 - Gedenken in Friedenau: Stolpersteine in der Stierstraße 7
 - Rundgang durch Ceciliengärten..... 7
- **Gleichstellung.**
 - Frauen wollen gleiche Entscheidungsmacht... 8
 - Frauen haben die Wahl: zwischen warmen Worten und konkreten Taten..... 8
- **Bundestag./Bund.**
 - Rawert: SPD sichert gemeinsames europäisches Haus..... 9
 - Rawert: Minister Jung sollte gehen..... 9
 - Lösung beim Schulobstprogramm in Sicht..... 9
 - Rawert fordert Stopp weiterer Bahn-Privatisierungen..... 10

■ **Rawert: Studiengebühren sind ungerecht und innovationsfeindlich**

„Ich kämpfe für einen gebührenfreien Bildungsweg von der Kita bis zur Hochschule und für ein durchlässiges Bildungssystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen erhalten. Studiengebühren wird es mit der SPD nicht geben, denn es ist erwiesen, dass Studiengebühren viele junge Menschen vom Studium ausschließen. Das ist ungerecht und das ist auch innovationsfeindlich“, sagte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert auf einer überparteilichen Podiumsdiskussion am 08. September in der Tempelhofer Luise-Henriette-Oberschule vor etwa 150 Schülerinnen und Schülern der Oberstufe.

Neben der Bildungspolitik stand vor allem die Wirtschaftspolitik im Zentrum der Diskussion. „Auslöser der Finanzkrise war die übermäßige Spekulation auf den Finanzmärkten. Kurz gesagt: Es war Gier!“, betonte Rawert. Die enormen Finanzhilfen für die Banken seien notwendig gewesen, denn ein funktionierendes Bankensystem ist das Herzstück unseres Wirtschaftskreislaufs. „Es darf allerdings nicht sein, dass die Banken die Finanzhilfen nur dazu nutzen, sich selbst zu sanieren“, so die Abgeordnete weiter.

Erneut bekräftigte Rawert ihre Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. „In Deutschland leben 700.000 ArbeitnehmerInnen, die Vollzeit arbeiten und trotzdem auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Das ist eine Schande! Deshalb sind wir für den gesetzlichen Mindestlohn. Die SPD will eine Gesellschaft des sozialen Zusammenhalts und des solidarischen Miteinanders. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Männer und Frauen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten.“

Steuersenkungen nur zu Lasten von Bildung

Den Steuersenkungsforderungen aus CDU und FDP erteilte Rawert eine deutliche Absage. „Es ist unverantwortlich, angesichts der aktuellen Staatsverschuldung Wahlversprechen zu geben, die niemand einhalten

kann.“ Steuersenkungen würden unmittelbar zu weniger Investitionen in Bildung und Forschung führen, die Handlungsfähigkeit des Staates würde eingeschränkt. „Unser Ziel ist es hingegen, zusätzliche Bildungsinvestitionen zu sichern - und zwar solide gegenfinanziert durch den im SPD-Wahlprogramm vorgeschlagenen Bildungssoli.“

SPD steht zum Atomausstieg

Großes Interesse fanden auch die Stellungnahmen der Parteien zum Thema „Atomausstieg und Erneuerbare Energien“. Während die Vertreter von CDU und FDP den Atomausstieg kritisierten und die Kernenergie als „zumindest mittelfristige Energiequelle“ befürworteten, bekräftigte die SPD-Kandidatin den Beschluss der damaligen rot-grünen Bundesregierung. „Die SPD steht voll und ganz zum Atomausstieg. Gerade in den Erneuerbaren Energien liegt eine große Chance für neue Arbeitsplätze. Diese Wachstumsbranche wird durch längere Laufzeiten für alte Meiler geschwächt, Innovationen in moderne und umweltfreundliche Technologie werden gehemmt“, sagte Rawert.

In ihrem Schlusswort griff Rawert schließlich einen bis dahin noch nicht erwähnten Punkt auf und warb eindringlich für ein Verbot der rechtsextremen NPD. „Die NPD bekämpft den Rechtsstaat, sie steht außerhalb unseres Grundgesetzes. Deshalb gehört die NPD verboten. Wer eine solidarische und offene Gesellschaft will, muss jeder Form von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus entgegentreten. Wer ein Verbot der NPD will, muss SPD wählen.“ ■



Rawert im Gespräch mit Schülern der Luise-Henriette-Oberschule

■ **Rawert: Ungerechtigkeiten bei der Berufsausbildung überwinden**

„In vielen so genannten Frauenberufen besteht die Ungerechtigkeit nicht nur darin, dass man im Berufsleben weniger Geld bekommt, sondern auch darin, dass oftmals vorher in der Ausbildung Schulgeld gezahlt werden muss. Das betrifft besonders auch Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich und ist eine Ungerechtigkeit im Gegensatz zum Dualen Ausbildungssystem“ so Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete in Tempelhof-Schöneberg und Mitglied im Gesundheitsausschuss, am 9. September beim Oberstufenzentrum (OSZ) Gesundheit I in.

Wichtig sei es, so Mechthild Rawert weiter, „das die Attraktivität der Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich spürbar erhöht wird, damit junge Menschen mit Freude diese Berufe ergreifen und diejenigen, die hier schon arbeiten, die Motivation und das Herzblut an ihrer Arbeit nicht verlieren“.

Beim Themenblock Mindestlohn betonte Mechthild Rawert „die 7,50 € stellen die absolute Lohnuntergrenze dar, drüber geht immer und auch die Tarifverträge werden durch einen

allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn nicht unterhöhlt. Es ist eine Mär der Konservativen, dass hierbei die Tarifautonomie, die von konservativer Seite früher immer kritisiert wurde, eingeschränkt oder aufgehoben wird.“



Mechthild Rawert, Vera Lengsfeld (CDU), Rolf Blaga (OSZ Gesundheit), Mieke Senftleben (FDP), Lisa Paus (Grüne), Tobias Schulz (Linke), v.l.n.r.

Neben vielen fachlichen Fragen an die Gesundheitspolitikerin Mechthild Rawert standen Themen wie Atomkraft, Klimawandel, Bildung und Ausbildung sowie Gleichstellungs- und Integrationspolitik genauso auf der Themenliste der Schülerinnen und Schüler wie Fragen zur Außen- und Sicherheitspolitik.

Am Ende der dreistündigen überparteilichen Diskussion stand der Dank der eingeladenen Politikerinnen und Politiker und der Aufruf am 27. September zur Wahl zu gehen und damit zur Stärkung der Demokratie beizutragen.

„Es war sehr spannend, die vielen Fragen auch und gerade im Gesundheitsbereich von den angehenden Kolleginnen und Kollegen zu beantworten“, so Mechthild Rawert im Anschluss der Diskussion, „ich bin sehr gern zum OSZ Gesundheit gekommen.“ ■

KOLPINKWERK IN MARIENFELDE**■ Rawert: Deutschlandplan ist eine Investition in die Zukunft**

Als eine Investition in die Zukunft hat die Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, Mechthild Rawert, den Deutschland-Plan von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier bezeichnet. „Der Deutschland-Plan ist ein realistisches Konzept, das uns nach vorne bringen kann“, betonte Rawert am 01. September bei einer Podiumsdiskussion im Marienfelder Pfarrsaal der Katholischen Gemeinde St. Alfons, zu der der Kolpingverein eingeladen hatte.

Rawert stellte klar, dass der Deutschlandplan weit mehr sei als eine lose Ideensammlung. Er zeige umsetzbare Wege aus der Krise.

Keinen Zweifel ließ die SPD-Politikerin an ihrer Überzeugung: „Wer heute sagt, wir können Steuern senken, der lügt!“ Auf Grund großer Finanzierungslücken sei es nicht möglich, den Menschen Steuersenkungen zu versprechen. Eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger müsse auf anderen Wegen erfolgen: Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei vielmehr der Bildungsoli. Ein bar-

D -Plan

rierefreier, das heißt gebührenfreier Zugang zu Bildung könne erreicht werden durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer für diejenigen, die mehr als 125.000 Euro jährlich verdienten.

Armut mit Mindestlöhnen verhindern

Das durchschnittliche Jahreseinkommen von 41.509 Euro von Vollzeitbeschäftigten im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor zeige, so Rawert, dass die Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland deutlich weniger als 125.000 Euro verdiene. Eine solche Mehrbelastung für GutverdienerInnen sei durchaus akzeptabel. „Wenn jemand mit einem Jahreseinkommen von 125.000 Euro das anders sieht, kann ich nur sagen: Armes Deutschland!“

Um wirkliche Armut in Deutschland zu verhindern, setzt Rawert auf einen gesetzlichen Mindestlohn. „Ein Mindestlohn ist längst überfällig. Dass immer noch so viele Vollzeitbeschäftigte von ihrem Gehalt nicht leben können, ist ein Skandal.“ ■

RÜCKERT-GYMNASIUM IN SCHÖNEBERG**■ Rawert: Kein Talent darf uns verloren gehen**

„Uns darf kein Talent verloren gehen und dafür müssen alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen erhalten. Ich kämpfe für einen gebührenfreien Bildungsweg von der Kita bis zur Uni. Für das und noch viel mehr kämpfe ich und dafür kämpft die SPD“, so das Schlusswort von Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg und SPD-Direktkandidatin, bei einer überparteilichen Podiumsdiskussion im Rückert-Gymnasium in Schöneberg am 03. September. Teilgenommen haben rund 180 SchülerInnen und LehrerInnen.

Jugend und Politik - hier war nichts von Politikverdrossenheit, nichts von Null-Bock zu spüren. Die Schülerinnen und Schüler der 12. und 13. Klassen diskutierten engagiert und lebendig. Großes Thema der Diskussion waren die Bildungspolitik in den Ländern sowie deren Auswirkungen auf das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler. „Kein Schulsystem selektiert so früh und hart aus wie das bayerische. Dort weht ein politischer Wind, der Chancengleichheit blockiert und nur die Besten fördert“, so Rawert. Kinder und Jugendliche seien die Diamanten unseres Landes. Damit sie besser individuell gefördert werden, integrieren wir die bisherigen Haupt- und Realschulen in die neuen Sekundarschulen und stellen zusätzlich neue Lehrerinnen und Lehrer ein“, so die Abgeordnete aus Berlin.



eine Gesellschaft des sozialen Zusammenhalts. Deshalb haben wir auch das BAföG erhöht und ausgeweitet. Es muss Schluss damit sein, dass der Geldbeutel der Eltern über die Zukunftschancen ihrer Kinder entscheidet. Das ist für die Kinder keine Leistungsgerechtigkeit.“

Auch Afghanistan war Thema: „Die afghanischen Kinder haben Anspruch auf Bildung, auf Gesundheitszugang und die Erwachsenen auf ein freies Wahlrecht. Deutschland wird die Zahl der SoldatInnen nicht weiter aufstocken. Doch die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen ist ohne ISAF noch nicht möglich“, erläuterte Rawert.

Rawert: Politik muss transparent sein

Hohes Interesse fand die Haltung der Parteien beim Atomausstieg und den damit verbundenen Ausbau von Erneuerbaren Energien. CDU-Kandidat Dr. Jan-Marco Luczak bezeichnete die Atomkraftenergie als „saubere Energie“. Das sei lachhaft angesichts Krümmel, angesichts des Abbruchs von Bauarbeiten eines neuen Atomkraftwerkes in Finnland sowie vor dem Hintergrund der ungeklärten Fragen rund um Gorleben und in Asse, entgegnete Mechthild Rawert. Nur mit einer starken SPD werde es den Ausstieg aus der Atomkraft tatsächlich geben.

Eine Schülerin wollte wissen, für wie glaubwürdig sich die KandidatInnen halten. Wohl jede und jeder im Saal würde sich für glaubwürdig halten, entgegnete Mechthild Rawert, „Was aber wirklich zählt, ist, dass unsere Arbeit immer transparent ist und von den Bürgerinnen und Bürgern auch kontrolliert werden kann.“ ■

Geldbeutel darf nicht über die Zukunftschancen von Kindern entscheiden

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen

SCHÖNEBERG

■ **Mechthild Rawert erneut zu Besuch in der Pflegeeinrichtung Fugger-Klinik**

„Ich bin noch heute dankbar, dass ich während der Beratungen zum Pflege-Weiterentwicklungsgesetz die Fugger-Klinik aufgesucht habe, um mich über das „Berliner Modell“ zu informieren“, so Mechthild Rawert beim erneuten Besuch der Fugger-Klinik am 28. August.

Die hier kennen gelernte Praxis einer festangestellten Heimärztin habe sie dazu gebracht, dieses Modell auch für andere Pflegeeinrichtungen zu ermöglichen. „Wir haben das Modell der Festanstellung auch gesetzgeberisch für die ganze Bundesrepublik durchgesetzt. Und ich bin mir sicher: Mit der Festanstellung von HeimärztInnen wird die ärztliche Versorgung in Pflegeheimen verbessert. Es war und ist ein unhaltbarer Zustand, dass viele Pflegebedürftige in ein Krankenhaus eingewiesen werden, nur weil vor Ort keine ÄrztIn da ist“ so Rawert. Die Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg hatte bereits vor zwei Jahren die Fugger-Klinik in Schöneberg besucht.

Positive Konsequenzen der Gesundheits- und Pflegereform

Die gesetzgeberischen Verbesserungen im Rahmen der Gesundheits- und der Pflegereform wurden von Fenja Tholen, Geschäftsführerin der Schöneberger Fugger-Klinik, und Irm-



gard Ehrenbrusthoff, Heimleiterin, begrüßt.

Auch in der Fugger-Klinik sind Geldmittel angekommen, um mehr Personal für die Arbeit mit Pflegebedürftigen beziehungsweise Demenzkranken einstellen und weiterbilden zu können. „Das Ganze hat wunderbar geklappt“, so Tholen.

Rawert geht davon aus, dass in diesem Zusammenhang bundesweit bis zu 10.000 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in Pflegeeinrichtungen geschaffen werden.

Stärkung der Dienstleistungsberufe ist der richtige Weg

Rawert kündigte an zu überprüfen, inwieweit Schwerstpflegedürftige bzw. ihre Angehörigen zu Sozialhilfeempfängenden würden, weil die Pflegekassen die notwendigen Pflegeleistungen nicht zahlen würden.

Für die Gesundheitspolitikerin ist auch nach diesem ermutigenden Gespräch

mit den Pflegeprofis klar: Der eingeschlagene Weg, die Stärkung von Dienstleistungsberufen in der Gesundheit und der Pflege, ist der einzig richtige und wird von Frank-Walter-Steinmeier mit seinem „Plan für Deutschland“ konsequent verfolgt. ■

SCHÖNEBERG

■ **Rawert: Klinik Hygiea erhält Mittel aus dem Konjunkturpaket II**

„Die optimale Versorgung mit Gesundheitsleistungen erfordert unterschiedlichste Strukturen, um die Patientinnen und Patienten bedarfsgerecht zu versorgen. Ich freue mich, dass die Schöneberger Klinik Hygiea, Belegkrankenhaus und Ambulantes OP-Zentrum, als eine von vier Berliner Vollbelegkliniken von dem Konjunkturpaket II profitiert und die Mittel für eine zentrale Druckluft-, Sauerstoff- und Lachgasanlage bewilligt bekommen hat“, so die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert nach ihrem Gespräch mit dem stellvertretenden ärztlichen Direktor Dr. Klaus Burghard, Sylvia Markl, der stellvertretenden Verwaltungsleiterin und der Qualitätsmanagerin Melanie Maikowsky.

Hinsichtlich der beantragten und laut Rawert vorliegenden Aufstellung für Tempelhof-Schöneberg auch bewilligten „K 2-Mittel“ für eine neue Schwesternrufumleitungsanlage gibt es Irritationen. Die Gesundheitspolitikerin wird sich um baldige Klärung bemühen. Der Besuch der Bundestagsabgeordneten fand im Rahmen ihrer „Konjunkturreise“ durch Tempelhof-Schöneberg am 27. August statt.

In der 83-Betten-Klinik erhalten Patientinnen und Patienten eine 100-prozentige Facharzt- und Fachärztinnenbehandlung aus einer Hand. Die Klinik sei als ambulantes Operationszentrum mit den Fachabteilungen Augenheilkunde, Chirurgie, Gynäkologie, Orthopädie, Urologie sowie Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde hervorragend aufgestellt. Gegenstand des Gespräches war auch die Honorierungs- bzw. Abrechnungssituation sowohl für die ÄrztInnen als auch für die Klinik. Nicht hinnehmbar sei das Anfang des Jahres auch in den Medien aufgegriffene Thema des Upcodens aber auch nicht eine nachträgliche Schlech-

terstellung von bereits erbrachten Leistungen. Mechthild Rawert wird um diesbezügliche Klärungen bei den Krankenkassen und beim Medizinischen Dienst gebeten.

HausärztInnen müssen in ihrer LotsInnen-Funktion gestärkt werden, sind sich die GesprächspartnerInnen einig. Um dieses zu gewährleisten, bedürfe es einer breiten Ausbildung sowie im Rahmen der beruflichen Tätigkeit ständiger Fortbildung und eines sehr guten Netzwerkes. Mehr positive Anreize gerade für junge MedizinerInnen seien notwendig, um flächendeckend eine gute Versorgung zu bieten und um dem Wechsel in andere Berufstätigkeiten nach dem sehr teuren Medizinstudium entgegen zu wirken. Ein wesentlicher Grund seien sicherlich die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern selber, ein neues Verständnis der gesundheitlichen Berufe zueinander und auch der Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Klinik führt regelmäßige Befragungen zur Zufriedenheit der PatientInnen durch. Hier konnten durch ein kontinuierliches Qualitätsmanagement mit allen Beteiligten, u.a. auch mit den BelegärztInnen, selbst gute Ergebnisse erzielt werden. Erfreut nahm Rawert beim Rundgang zur Kenntnis, dass die Klinik Hygiea noch über eine hauseigene Küche verfügt. „Das ist ein weiterer Beleg für die Serviceorientierung der Klinik.“ ■



DEUTSCHER KASSENÄRZTETAG

■ **Rawert: Wir brauchen mehr Medizinische Versorgungszentren**

„Im Interesse der Bevölkerung muss ein Sicherstellungsauftrag garantiert werden. Es steht aber zu befürchten, dass dieser bald nicht mehr in allen Teilen des Landes erfüllt werden kann“, so Mechthild Rawert am 1. September beim Deutschen Kassenärztetag in Berlin.

Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft sei die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit ärztlichen Dienstleistungen eine Herausforderung für alle Beteiligten: für die verfasste Ärzteschaft als Leistungserbringer, für die Krankenkassen als Gestalter der Gesundheitslandschaft ebenso wie für die Politik, die hierfür einen Ordnungsrahmen zu setzen habe.

Neue Anforderungen an den Sicherstellungsauftrag

Laut einer Studie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) gibt es seit 2008 bundesweit 1,5 Prozent mehr Ärztinnen und Ärzte. Das ärztliche Berufsbild hat sich gewandelt: Zunehmend mehr MedizinerInnen wollen geregelte Arbeitszeiten, wollen eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Weiterbildung. Dieser Wandel stellt aus Sicht von Rawert auch an den Sicherstellungsauftrag neue Anforderungen: „Mit den vorhandenen ärztlichen Praxen alleine werden nicht auskommen. Wir brauchen auch mehr Medizinische Versorgungszentren, damit wir die flächendeckende Versorgung auch in Zukunft sicherstellen können“, ist die SPD-Politikerin überzeugt.

Wir haben mit der Einführung der Integrierten Versorgung, mit Disease-Management-Programmen und der Stärkung von Hausärztinnen und Hausärzten wichtige Schritte zu einem fairen Gesundheitssystem für alle, unabhängig vom Geldbeutel oder Geschlecht, getan.

Mit der Änderung der so genannten hausarztzentrierten Versorgung haben Krankenkassen die Verpflichtung, neben den Kollektivverträgen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen ihren Versicherten eine besondere hausärztliche Versorgung anzubieten. Die Teilnahme bleibt für Ärztinnen/Ärzte und Versicherte freiwillig.



Foto: Gregor Gysi (Die Linke), Mechthild Rawert (SPD), Wolfgang Zöllner (CSU), v.l.n.r. /Foto: KBV

Rawert verwies in dem Zusammenhang auf die guten Erfahrungen von Ländern wie Dänemark oder Schweden mit hausarztzentrierten Gesundheitssystemen. „In diesen Ländern gibt es jährlich durchschnittlich ca. drei Arzt/PatientInnen-Kontakte, in Deutschland fast 18. Doch obwohl Menschen in Deutschland häufiger zum Arzt oder zur Ärztin gehen, sind sie nicht gesünder.“

Für die SPD-Gesundheitsexpertin ist die Stärkung der Lotsenfunktion des Hausarztes/der Hausärztin enorm wichtig. Um dies zu erreichen, bedürfe es auch einer Erhöhung der hausärztlichen Vergütung sowie einer Besserstellung der sprechenden Medizin insgesamt. ■

■ **Rawert: Eigenständiges Patientenrechtegesetz bleibt Ziel der SPD**

„Die Ausformulierung der Rechte von Patientinnen und Patienten in einem eigenständigen Patientenrechtegesetz ist und bleibt eines der großen Ziele für die Gesundheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion in der kommenden Legislaturperiode, sagte Mechthild Rawert, Mitglied im Gesundheitsausschuss, auf der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Mündige PatientInnen - Das Patientenrechtegesetz“ am 31. August im Auguste-Viktoria-Klinikum in Friedenau, zu der die Abgeordnete selbst eingeladen hatte.

Die Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Helga Kühn-Mengel (SPD), fasste die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Patientenrechtegesetz der SPD-Bundestagsfraktion zusammen. Dazu gehören die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Patientinnen und Patienten, das Recht des Patienten und der Patientin auf Dokumentation, die Einführung flächendeckender Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme im stationären wie im ambulanten Bereich. Eine gute Dokumentation, eine höhere Qualität der Datenaufnahme und die kontinuierliche Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hier der Schlüssel für den langfristigen Erfolg. Durch vergleichende Studien in den Krankenhäusern konnten in den letzten Jahren z.B. die Komplikationsraten bei Bypass-Operationen enorm gesenkt werden. Oft fehle die Transparenz: Ärztinnen und Ärzte hätten das Wissen und müssten dieses den Patientinnen

und Patienten auch vermitteln. Auf die gleiche Augenhöhe käme es an.

Auch Manuela Schwabe von der Unabhängigen Patientenberatung Berlin-Schöneberg hält ein Patientenrechtegesetz für unerlässlich. „Der Bedarf ist sehr hoch, uns erreichen derzeit 500 Beratungsanfragen im Monat.“ Die Unabhängigen Patientenberatungsstellen hätten dabei unter anderem die Aufgabe der Beratung sowie der Informationsbeschaffung.

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Herausgabe von Behandlungsunterlagen oft schwer gegenüber Ärztinnen und Ärzten durchsetzbar sei. Auch die Arzneimittelsicherheit und ungenügende Versorgungsforschung ist laut der Patientenbeauftragten der Bundesregierung ein Problem: So sei die Quote der über 65-Jährigen, die wegen einer Arzneimittelfalschdosierung ins Krankenhaus müssten, auf zehn Prozent gestiegen.

„Die Rolle der Patientin/des Patienten als selbstbewusste/r PartnerIn muss gestärkt werden, ohne das Arzt/Patientinnenverhältnis zu sehr zu reglementieren. Ein eigenständiges Patientenrechtegesetz ist jedoch nötig, um für eine Klarstellung der Rechte und Pflichten von Patientinnen und Patienten, aber auch von Ärztinnen und Ärzten zu sorgen. Da diese Aufgabe viele Berufsfelder betrifft, werden im Gesetzgebungsprozess im nächsten Bundestag möglichst viele Akteure ihren Sachverstand einbringen können und müssen.“ ■

■ **Rawert: Atomkraft abschalten und erneuerbare Energien ausbauen**

„Atomkraft nein Danke“ - eine nach wie vor richtige und notwendige Forderung. Für uns SozialdemokratInnen steht fest: Wir halten bedingungslos am von der rot-grünen Bundesregierung durchgesetzten Atomausstieg fest“, erklärte Mechthild Rawert am 5. September während der Kundgebung „Mal richtig abschalten! - Atomkraft Nein Danke!“ vor dem Brandenburger Tor.

Ziel müsse die Stilllegung aller Atomanlagen weltweit sein.

„Aber kehren wir erst einmal vor unserer eigenen Haustür: Mit mir gibt es kein Wackeln beim Atomausstieg. Wir brauchen eine ökologische Wende mit Erneuerbaren Energien, eine Wende, die wirtschaftliches Wachstum stärkt und Arbeitsplätze schafft“, so Rawert.

Mehrheit der Bevölkerung lehnt Laufzeitverlängerung ab

Auf scharfe Kritik stößt bei der SPD-Politikerin die Haltung von Union und FDP: „Sowohl CDU/CSU als auch FDP gerieren sich im Deutschen Bundestag als verlängerter Arm der Atomlobby. Dem muss am 27. September ein Riegel vorgeschoben werden!“ Krümmel habe bewiesen, so Rawert weiter, dass gerade bei älteren Atomreaktoren immer mit Störfällen gerechnet werden müsse.



Die SPD-Politikerin erhofft sich von der Bundestagswahl ein klares Signal von der Bevölkerung, dass die Aufkündigung des Atomkonsenses durch Schwarz-Gelb auf erbitterten Widerstand stößt.

Rawert verwies auf eine aktuelle Studie im Auftrag der Klima-Allianz. „Die Mehrheit der Deutschen will auf keinen Fall eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke“. Danach plädieren 81 Prozent der Wahlberechtigten dafür, dass Erneuerbare Energien bei der langfristigen Energieversorgung Deutschlands Vorrang haben sollen. Lediglich fünf Prozent setzen auf die fossilen Energiearten Öl und Kohle. Atomenergie favorisieren nur sieben Prozent und Gas nur vier Prozent. Dass eine nachhaltige Klimaschutzpolitik der deutschen Wirtschaft deutliche Vorteile bringe, meinen 21 Prozent der Wahlberechtigten, weitere 41 Prozent erwarten mehr Vor- als Nachteile. ■



■ **Rawert: Integration ist kein Karneval der Kulturen**

"Integration ist kein Karneval der Kulturen, wo es Akteure und ZuschauerInnen gibt, sondern geht uns alle an", erklärte Mechthild Rawert bei der Veranstaltung "Du hast die Wahl - Migration gestalten" am 7. September im Rathaus Schöneberg. Zur Diskussion geladen hatte die Integrationsbeauftragte Gabriele Gün Tank alle bezirklichen DirektkandidatInnen für den Bundestag zu einer Debatte über Integrationspolitik eingeladen. Wie üblich fehlte der FPD-Kandidat sowie die Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete sprach sich deutlich für eine Politik der Inklusion, also mehr Teilhaberechte für MigrantInnen und ganz konkret auch für die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsbürgerschaftsrecht aus.

Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, von Sprachkompetenzen und die Erleichterung der Einbürgerung stellen wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe dar. Gleiche staatsbürgerrechtliche Rechte ist kein wie von der Union stetig propagiert „Danke schön“ am Ende eines langen Anpassungsprozesses.

In der Debatte machte die SPD-Politikerin deutlich, dass Integrationspolitik auch immer Anti-Rassismus- und Emanzipationspolitik zugleich sei. Eine zentrale Rolle spiele dabei die Gleichstellung von Frauen und Männern. Ebenso müssten Mehrfachdiskriminierungen aufgrund Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung entschieden bekämpft werden, so die Bundestagsabgeordnete.



Foto: Achim Sander (FDP), Canan Bayram (Bündnis 90/die Grünen), Dr. Jan-Marco Luczak (CDU), Moderation: Dr. Mark Terkessidis, Mechthild Rawert (SPD) Figen Izgin (Die Linke), Gün Tank, Integrationsbeauftragte Tempelhof-Schöneberg (v.l.n.r.)

"Fest steht, dass die Berliner Migrationsbevölkerung sehr wichtig für unsere gemeinsame wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung ist. Erst durch Einwanderung ist Berlin zu der weltoffenen, kulturell vielfältigen und attraktiven Stadt geworden, auf die wir zu recht stolz sind", so Rawert. Gleichwohl seien Probleme wie der ungleiche Zugang zu

Bildung, zu Einkommen sowie zur Gesundheitsversorgung nicht weg zu diskutieren: Die gesellschaftlichen Teilhabechancen zu verbessern, darin sieht Mechthild Rawert eine dringende Aufgabe der Politik und eine wesentliche Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie.

Von "Deutscher Leitkultur" könne deshalb keine Rede sei. Welche BerlinerIn will schon jeden Tag Eisbein mit Sauerkraut? ■

Politische Tagesfahrten

Ich lade Bürgerinnen und Bürger aus Tempelhof-Schöneberg zu Tagesfahrten ins politische Berlin ein!

Lernen Sie dabei verschiedene Bundesministerien kennen, besuchen Sie spannende Ausstellungen und verschaffen Sie sich neue Kenntnisse über Geschichte und Politik der Bundesrepublik. Eine Dampferfahrt am Abend auf der Spree rundet den Tag ab. Kommen Sie persönlich mit Ihrer Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert ins Gespräch. Folgende Termine sind noch möglich: **22.09.2009, 26.09.2009** Die Fahrten einschließlich Mittag- und Abendessen sind kostenfrei. Anmeldungen unter Angabe von Name, Adresse, Telefonnummer, Geburtstag und -ort werden in meinem Wahlkreisbüro (Kontakt siehe Seite 10!) entgegen genommen.

ROTE SPEICHE-TOUR 2009

■ **Rawert mit dem Rad unterwegs in Tempelhof-Schöneberg**

"Wir wollen bessere Lernbedingungen für SchülerInnen. Dazu gehört auch eine moderne Sporthalle. Deshalb freue ich mich, dass die Friedrich-Bergius-Oberschule eine neue Halle bekommt - und zwar finanziert aus den Mitteln des Konjunkturpakets II." Diese 4,5 Millionen seien gut investiertes Geld, denn die Friedrich-Bergius-Oberschule werde zu einer Sekundarschule umgebaut", erklärte Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg, beim Stopp der „Roten Speiche Tour“ am Friedenauer Perelsplatz.



Die „Rote Speiche Tour“ ist eine traditionelle Fahrradtour der SPD Tempelhof-Schöneberg, die Bürgerinnen und Bürgern aus dem Bezirk Informationen zu den Entwicklungsgebieten im Bezirk geben soll. „Ich freue mich darüber, dass so viele Interessierte an der Tour teilgenommen haben“, so die Abgeordnete.

Am Wahrzeichen von Schöneberg, dem Gasometer, erklärte der EUREF-Vorstand Reinhard Müller die Pläne für die geplanten Investitionen und stellte sich kritischen Nachfragen. Die Mitglieder der SPD-Fraktion machten deutlich, dass die jetzigen Investitionspläne mit erheblich verringerten Bauhöhen ein Erfolg der Bürgereinwendungen und der Vermittlungsaktivitäten der SPD-Fraktion der BVV gewesen sind. Die RadtourteilnehmerInnen konnten das Gasometergelände und das Kuppelzelt begehen und sich so selbst ein Bild vom Gelände machen.

Weiter ging es zum Güterbahnhof Wilmersdorf am Innsbrucker Platz. Hier sollen demnächst eine Reihe von Investitionen getätigt werden. Stefan Bölters, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg, erklärte, dass die SPD-Fraktion darauf achten wird, dass hier nicht ein überdimensionierter Einzelhandelkomplex entstehen wird, wie es die Deutsche Bahn AG zunächst geplant hat.

Als nächster Stopp wurde die Friedrich-Bergius-Oberschule als ein gelungenes Beispiel dafür angefahren, dass der größte Teil des Konjunkturpakets II in die dringend notwendige Sanierung und Modernisierung von Gebäuden im Bildungssektor fließt.

Nächste Haltestation war die Julius-Leber-Brücke. Die S-Bahnstation Julius-Leber-Brücke war erst im vergangenen Jahr neu eingeweiht worden und schließt sowohl die Rote Insel als auch den Kaiser-Wilhelm-Platz an den S-Bahn-Verkehr an. Schon jetzt führt dies zu einer Belebung und Aufwertung des Quartiers.

Der Flughafen Tempelhof durfte natürlich auf der Route nicht fehlen. Gespannt ist Christoph Götz, Sprecher des Arbeitskreis Bau der SPD, auf die Pläne von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer für die weitere Zukunft des Tempelhofer Feldes, welches in naher Zukunft für die Bevölkerung geöffnet wird.

Rote Speiche Tour sollte öfter stattfinden

Am Tempelhofer Hafen fand die „Rote Speiche-Tour 2009“ ihr Ende. Das im April eröffnete Einkaufszentrum ist eines der großen Investitionsprojekte in Tempelhof. Reinhard Janke, Vorsitzender des Stadtplanungsausschusses in der BVV Tempelhof-Schöneberg, führte aus, dass sich die Verhandlungen mit dem Investor über die Größe des Einkaufszentrums gelohnt haben. Der Tempelhofer Hafen wird von den BürgerInnen angenommen, ohne aber zuviel Kaufkraft vom T-Damm abzuziehen. ■

■ **Gedenken in Friedenau: Stolpersteine in der Stierstraße**

"Die Erinnerungskultur hat einen hohen Stellenwert in Tempelhof-Schöneberg. Unübersehbar ist hier in der Stierstraße von der Bürgerschaft ein Zeichen des Gedenkens vor Ort gesetzt worden, verbunden mit der Aufforderung, weiterhin gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus anzutreten", betonte die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert. Die Stolpersteine in der Stierstraße als aktive Erinnerungskultur waren das Thema des Stadtrundgangs mit der Stadtführerin Gudrun Blankenburg zusammen mit Mechthild Rawert.

Zum Zeichen des Gedenkens legten die Teilneh-



merInnen Rosen auf die Stolpersteine nieder. Lebhaft beteiligten sich die Initiativen 'Stolpersteine in der Stierstraße' und 'Stolpersteine an der B 96. Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.' am Stadtrundgang. In der Stierstraße hatte die ‚Initiativgruppe Stolpersteine Stierstraße‘ mit der Verlegung von 16 Stolpersteinen einen sichtbaren Gedenkort geschaffen.

Am Montag, den 21. September, werden erneut 16 Stolpersteine vor den Häusern in der Stierstraße 4, 20 und 21 von der Initiativgruppe 'Stolpersteine in der Stierstraße' eingeweiht werden. Die Einweihung findet um 18:00 Uhr statt. ■

■ **Ceciliengärten: Rundgang mit Gudrun Blankenburg und Mechthild Rawert**

Beim Rundgang mit der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, in Anwesenheit von Dilek Kolat (SPD), Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, durch die Friedenauer Ceciliengärten erlebten die Besucherinnen und Besucher den hohen Gedanken der Kunst als notwendige Ausschmückung im genossenschaftlichen Bauen der Weimarer Republik.

„Durchsonnte Wohnungen, gärtnerische Gestaltung und künstlerische Ausstattung“ - die Ceciliengärten sind ein Musterbeispiel für die Reformarchitektur der 1920er Jahre, erläuterte die Stadtführerin Gudrun Blankenburg. Hochwertige Wohnungen und ein erholsames Umfeld waren für die Angestellten der Berliner Verkehrsbetriebe gedacht. Der Maler Hans Baluschek arbeitete hier mit dem Blick auf die S-Bahn und zwei Frauenfiguren von Georg Kolbe schmückten das Rasenrondell. ■



(Foto Christian von Hoffen)

Gleichstellung von Frauen und Männern

■ Rawert: Frauen wollen gleiche Entscheidungsmacht

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, mehr Frauen in Führungspositionen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Themen, für die ich nicht müde werde zu kämpfen“ betonte die Abgeordnete und aktive AsF-Frau Mechthild Rawert nach dem Speedtalk, der vom Business and Professional Women Germany Club Berlin e.V. am 27. August im „Habel“ veranstaltet wurde.

Fünf Direktkandidatinnen für die Bundestagswahl 2009, fünf Tische und zahlreich erschienene Clubfrauen mit Fragen im Gepäck. Angelehnt an das „Speeddating“, bei dem in regelmäßigem Takt die potentiellen Partnerinnen von Tisch zu Tisch rotieren und herausfinden, wer am besten zu ihnen passt, konnten die Frauen die fünf Kandidatinnen unterschiedlicher Parteien auf Herz und Nieren prüfen. Und so herausfinden, wem Frau politisch am nächsten steht. „Das war eine wunderbar lebendige Methode des Austauschs und hat viel Spaß gemacht!“, resümierte die Bundestagsabgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg.

Immer wieder angesprochen wurde Rawert auf eine Quotierung von Aufsichtsräten. „Im SPD-Regierungsprogramm steht, dass wir 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten wollen. Frau kann sich darauf verlassen, dass diese Forderung von uns SozialdemokratInnen in der kommenden Legislaturperiode



umgesetzt wird. Aber das allein reiche noch nicht, so Rawert weiter: „Wir brauchen mehr Frauen vor allem auch im operativen Geschäft, in den Vorständen, auf allen Führungsebenen. In den Vorständen und als Geschäftsführerinnen können sie die Weichen für eine andere Unternehmenspolitik stellen und etwas bewegen. Der Aufsichtsrat allein kann da nicht viel ausrichten“, erläuterte Rawert. „Wir brauchen auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Die freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft sind gescheitert. Wir müssen hier mutig sein. Die Zeit dafür wäre schon lange reif gewesen. Frauen können mehr als nur den Fachkräftemangel auszugleichen.“

Aber auch die Finanzierung des Gesundheitswesens und von Bildungseinrichtungen wurde von den BPW-Clubfrauen in den Talkrunden angesprochen. „Mit dem Konjunkturpaket II haben wir z.B. über Investitionsmöglichkeiten im Bereich der energetischen Gebäudesanierung das Geld auch in die Krankenhäuser, Kitas und Schulen gebracht. Ich dränge in meinem Wahlkreis sehr darauf, dass die Planung und Durchführung zügig voranschreitet.“ Die SPD-Politikerin wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass sie deshalb gegenwärtig im Rahmen ihrer „Konjunkturreise“ die verschiedenen Träger aufsuche. Die bisherige Bilanz sei positiv. ■

■ Frauen haben die Wahl: zwischen warmen Worten und konkreten Taten

In einem demnächst erscheinenden Artikel für die Zeitschrift des LandesFrauenRats Berlin e.V., „Wir Berlinerinnen“, zeigt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert die sozialdemokratische Perspektive auf, die geschlechtsspezifische Lohnlücke in Deutschland zu schließen. Lesen Sie hier in Auszügen den Artikel als Vorabdruck:

(...) Wir alle wissen: Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nicht nur mit der Tatsache zu erklären, dass Frauen sich mehrheitlich für die Berufe entscheiden, die in der Regel schlechter bezahlt sind. Nachweislich existiert eine Lohnkluft zwischen Frauen und Männern innerhalb eines Unternehmens bei gleicher Tätigkeit, Qualifikation und Unternehmenszugehörigkeit. Diese so genannte harte Lohnlücke liegt bei durchschnittlich zwölf Prozent.

Der Rat von Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem kürzlich erschienenen Interview mit der „Emma“, dass Frauen nur selbstbewusst genug sein müssten, um für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie den ihres Kollegen beim Chef einzufordern, ist meiner Meinung nach mit Verlaub naiv.

Wir Frauen wollen „equal pay“!

Wir müssen den Anspruch auf Entgeltgleichheit mit Leben erfüllen: Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat deshalb am 9. September gemeinsam mit Manuela Schwesig, im Kompetenzteam Steinmeier für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortlich, einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern vorgestellt. Dieser wird unter einem SPD-Arbeitsminister nach der Bundestagswahl sofort ins Kabinett eingebracht. Dieses Gesetz würde einen Rahmen vorgeben, mittels einer zertifizierten sta-

tistischen Entgeltanalyse, die in der Schweiz bereits praktiziert wird, Informationen über Unterschiede in der Bezahlung zu ermitteln. Betriebsrat und Antidiskriminierungsstelle des Bundes würden die Kompetenz erhalten, vom Arbeitgeber eine Analyse über etwaige Unterschiede einzufordern. Sofern eine Ungleichbehandlung attestiert wird, sollen die Beschäftigten ein Auskunftsrecht erhalten, warum ein Kollege bei gleichwertiger Tätigkeit mehr verdient. Auf der Basis dieser handfesten Daten können betroffene Frauen dann den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen einklagen. Mit diesem Gesetz hätten wir endlich handfeste Informationen über die tatsächliche Bezahlung. Löhne und Gehälter sind zurzeit gut gehütete Betriebsgeheimnisse und daher ist gleicher Lohn nur schwer einklagbar.

Die Kosten für das erprobte Verfahren sind äußerst gering und stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen für all die Frauen, die eine Lohnungleichbehandlung erfahren: Pro Unternehmensanalyse fallen nur 170 Euro an. Olaf Scholz bezifferte die Sach- und Bürokratiekosten insgesamt auf 78.000 Euro. Das sind wir Frauen uns wert!

Die in Deutschland im europäischen Vergleich sehr hohe Lohnlücke würde mit dem Gesetzentwurf endlich geschlossen. Auch darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 27. September: Sie werden die Wahl treffen zwischen der Merkelschen Lösung getreu dem Motto „Selbst(bewusst) ist die Frau“ oder der sozialdemokratischen Perspektive, Frauen konkret Einklagbares zur Seite zu stellen. ■

Den vollständigen Artikel können Sie in Kürze lesen auf der Website des LandesFrauenRats Berlin e.V. unter www.landesfrauenrat-berlin.de

■ **Mechthild Rawert: SPD sichert gemeinsames europäisches Haus**

„Eine starke SPD ist gut für Europa und gut für Deutschland. Mit den am 8. September durch den Bundestag verabschiedeten Begleitgesetzen zum EU-Vertrag wird die Rolle des Deutschen Bundestages gestärkt. Im Verhandlungsprozess wurde jedoch wieder deutlich, wie weit die CSU immer noch



Foto: Stephanie Hofschlaeger/www.pixelio.de

von Europa entfernt ist“, so Mechthild Rawert in einer aktuellen Bewertung zur Stärkung der Kompetenzen von Bundestag und Bundesrat im Europäischen Integrationsprozess.

Die bayerischen Mannen um Herrn Seehofer haben den ganzen Sommer hindurch versucht, die Rolle Bayerns im Gesamtgefüge des Europäischen Hauses

einseitig auszubauen und Europa lahmzulegen. Hätten wir den Vorstellungen der Konservativen zugestimmt, so Rawert weiter, wäre Europa in Zukunft nur noch eine lahme Ente. Angesichts der globalen Herausforderungen vor denen wir in der Zukunft stehen – Klimaschutzpolitik, Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, Eindämmen des atomaren Wettrüstens, Bekämpfung von Hunger und Krankheiten – eine aberwitzige Vorstellung. Dies zeigt aber, welches Geistes Kind viele der verantwortlichen Konservativen sind. Zuerst wird an sich gedacht; eine Verantwortung für das deutsche und europäische Gemeinwohl ist dabei kaum zu erkennen.

Der Hintergrund für die Sondersitzung des Parlaments war der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni. Karlsruhe hatte entschieden, dass das Lissabon-Begleitgesetz (genannt: „Ausweitungsgesetz“) verfassungswidrig sei, weil es die Integrationsverantwortung von Bundestag und auch Bundesrat nicht hinreichend beachte. Den Lissabon-Vertrag und die diesbezügliche Grundgesetzänderung hatten die obersten VerfassungsrichterInnen dabei aber nicht beanstandet. ■

■ **Rawert: Verteidigungsminister Jung sollte gehen**

Zum von Kampfflugzeugen der NATO durchgeführten Luftangriff auf zwei von den Taliban entführte Tanklastzüge am 4. September 2009 erklärt die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, die sich im August 2007 selbst ein Bild von der Lage vor Ort in Afghanistan machen konnte:

Ich bin erschüttert über die vielen Toten. Den Familien und Freunden der unschuldig getöteten Opfer spreche ich meine Anteilnahme aus. Laut Aussagen der Bundeswehr sind 56 Menschen umgekommen, nach Erkenntnissen der NATO bis zu 80 Menschen, darunter viele Zivilisten.

Zunehmend verdichten sich Hinweise und Vermutungen, dass der Kommandeur der Bundeswehr im nordafghanischen Kundus, Oberst Georg Klein, schwerwiegende Fehler begangen hat: Er hätte dieses Bombardement gar nicht anfordern dürfen. Auf starken Druck Deutschlands und vor allem auch aufgrund eines Strategiewechsels durch den US-Präsidenten Barack Obama gilt seit Mitte des Jahres, dass militärische Aktionen nur dann geleistet werden dürfen, wenn ein Angriff auf ISAF-Soldaten gegeben ist. Das ist hier definitiv nicht der Fall gewesen.

Unerträglich ist die mangelnde und zugleich schlechte Informationspolitik

von Verteidigungsminister Jung gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber dem Deutschen Bundestag, gegenüber den ParlamentarierInnen. Für mich ist klar: Bundesminister Jung ist überfordert. Es müssen schleunigst Konsequenzen gezogen werden, ein überforderter Minister sollte nicht im Amt bleiben. Damit wird die Akzeptanz des Afghanistan-Einsatzes in der afghanischen Bevölkerung untergraben. Aber nicht nur dort, auch hier in Deutschland.

Der Luftangriff war nicht irgendein bedauerlicher Zwischenfall, nach dem wir wieder zur Tagesordnung übergehen können. Doch Parolen wie „Sofort raus aus Afghanistan“ schaden nur. So nachvollziehbar solche Aussagen auch sind, so unpolitisch und unhistorisch sind sie gleichzeitig. Bei unserem Einsatz in Afghanistan spielt der Wiederaufbau die wichtigste Rolle - die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen wäre ohne ISAF nicht möglich. Es geht darum, die afghanische Eigenverantwortung kontinuierlich zu stärken, klare Ziele festzulegen und die Aufgaben schrittweise in afghanische Hände zu übergeben. Ein sofortiger Abzug der Bundeswehr würde die bisherige Arbeit zunichte machen und ginge vor allem zu Lasten der afghanischen Bevölkerung als auch zu Lasten der Sicherheit der Menschen in Deutschland.“ ■

■ **Rawert: Endlich Lösung beim Schulobstprogramm in Sicht**

Der Vermittlungsausschuss hat in seiner Sitzung am 8. September nach langer Ungewissheit einen Kompromiss für die Durchführung des EU-Schulobstprogramms gefunden. Bund und Länder einigten sich darauf, dass die Länder ihre Verweigerungshaltung aufgeben und nun doch die komplette Finanzierung des Programms übernehmen. Dem Vernehmen nach wird Berlin gegen das Programm stimmen. Zum Kompromiss des Vermittlungsausschusses erklärt Mechthild Rawert:

Mit dem Schulobstprogramm sollen Schulkinder an eine gesunde Ernährung herangeführt werden, indem ihnen die Schulen regelmäßig frisches Obst bereitstellen und sie begleitend dazu im Unterricht mehr über gesunde Ernährung lernen.

Die EU bezuschusst das Programm allein in Deutschland mit 12,5 Mio. Euro, verlangt aber eine Kofinanzierung durch die Mitgliedsstaaten in gleicher Höhe. Die Bundesländer hatten daraufhin einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem sie die Finanzierung allein dem Bund aufbürden wollten. Die Zuständigkeit - und damit auch die Finanzierung - fällt jedoch eindeutig in den Aufgabenbereich der Bundesländer. Denn der

Schwerpunkt des Gesetzes liegt nicht - wie von den Ländern behauptet - in der Förderung der Obstwirtschaft, sondern in der Gesundheitsvorsorge von Schulkindern.

Erfreulicherweise haben die Länder sich nun einer konstruktiven Lösung geöffnet. Dieser Streit war gerade deswegen so unverständlich, da das Programm schon mit relativ geringen Mitteln durchgeführt werden kann und den Ländern zur Finanzierung ausdrücklich auch andere Wege wie Sponsoring oder eine Kostenbeteiligung der Eltern offengestanden hätten. Der Streit zwischen Bund und Ländern hätte längst gelöst sein können, wenn es die zuständige CSU-Ministerin Aigner nicht versäumt hätte, rechtzeitig einen Gesetzentwurf vorzulegen. Hätte Frau Aigner rechtzeitig gehandelt, hätte der Bundestag nämlich den Bundesratseinspruch zurückweisen können.

Der Kompromiss im Vermittlungsausschuss war die letzte Chance, noch in dieser Legislaturperiode zu einer Einigung zu finden. Andernfalls hätte das komplette Gesetzgebungsverfahren nach der Wahl erneut durchlaufen werden müssen und die EU-Gelder für das erste Schulhalbjahr 2009/2010 wären verfallen. ■

■ Rawert fordert Stopp weiterer Bahn-Privatisierungen

Angeichts des erneuten S-Bahn-Chaos' in Berlin erklärt die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert:

Dass der Berliner Senat die Zahlungen an die S-Bahn für September erneut drastisch kürzen will, ist folgerichtig. Ich begrüße zudem, dass die Staatsanwaltschaft mittlerweile Ermittlungen aufnimmt. Es kann nicht angehen, dass die Deutsche Bahn AG die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Politik durch mangelhafte Informationen an der Nase herum führt. Hier will der Schwanz mit dem Hund wedeln.



Foto: Janine/www.pixelio.de

Sicherheit geht vor. Deshalb hat die Wartung jetzt Vorrang, aber das so zügig als möglich. Außerdem sollten die Fahrgäste meines Erachtens weitere Entschädigungen erhalten, sie sind schließlich die Leidtragenden. Ich erwarte ebenfalls Konsequenzen auf der obersten Ebene und im Aufsichtsrat.

Das neue Desaster der Berliner S-Bahn zeigt erneut, wie Recht ich mit meinem "Nein" zur Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG und mit meinen vehemen-

ten Widerstand gegen weitere Privatisierungspläne der Union durch public private partnership hatte.

Die Verlässlichkeit und das strategische Konzept der Deutschen Bahn AG muss in der nächsten Legislaturperiode dringend auf die Tagesordnung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in unserem Regierungsprogramm bereits weiteren Privatisierungstendenzen der DB AG eine Absage erteilt. Wenn die Union weiterhin erklärt, die Privaten könnten es besser, soll sie sich doch auf die Bahnsteige stellen und darauf warten, dass der Zug abfährt.

Gemeinsam mit 26 anderen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten habe ich am 30. Mai 2008 der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG nicht zugestimmt. Schon damals habe ich befürchtet, dass Herr Mehdorn kurzfristige Renditeerwartungen über die Sicherheit der Fahrgäste und über das Ziel einer nachhaltigen Verkehrs- und Transportpolitik stellt.

Eine funktionierende nachhaltige Verkehrsinfrastruktur ist Daseinsvorsorge und gehört in die öffentliche Hand. ■

Zitat der Woche.

„Wir müssen jetzt handeln, um die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen. Freiwillige Vereinbarungen reichen dazu nicht aus.“

Olaf Scholz (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, am 9. September bei der Vorstellung eines Gesetzentwurfs zur Verbesserung der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.



Impressum.

Mechthild Rawert, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227 737 50
Fax: 030/227 762 50

V.i.S.d.P.: Mechthild Rawert

Kontakt.

Wahlkreisbüro

Friedrich-Wilhelm-Straße 86
12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884
Fax: 030/720 13 994
eMail: mechthild.rawert@
wk.bundestag.de

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
U6, U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.

Online.

■ www.mechthild-rawert.de

Und jetzt auch auf Facebook!

[www.facebook.com/
mechthild.rawert](http://www.facebook.com/mechthild.rawert)

■ Briefwählen: Bequem und einfach

Diejenigen, die am 27. September nicht persönlich zur Bundestagswahl gehen können, bitte ich ausdrücklich darum, wenigstens Briefwahl zu machen.

Danken möchte ich dem Landeswahlleiter und den vielen MitarbeiterInnen des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg, die seit langem für den reibungslosen Ablauf sorgen. Die Wahlbenachrichtigungen müssten bei allen angekommen sein.

Bitte überlegen Sie auch bei der Briefwahl genau: Wollen Sie weiterhin einen handlungsfähigen Staat, eine Regierung, die sich auch um soziale Gerechtigkeit kümmert. Dann gilt: **! Erststimme für Mechthild Rawert und Zweitstimme für die SPD. Gemeinsam mit Ihrer Stimme wird das Regieren sozialer. ■**



Foto: Norbert Staudt/www.pixelio.de